

II-738 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

1.7.1967

365/J

A n f r a g e

der Abgeordneten H o r e j s , J u n g w i r t h , Ing. K u n s t
und Genossen

an den Bundesminister für Inneres,

betreffend die Anführung nationalsozialistischer Funktionsbezeichnungen in
neu ausgestellten Personenstandsurkunden.

-.--.-.-

Der Standesbeamte der Landeshauptstadt Innsbruck hat am 17. August 1966 unter der Nummer 1769/1939 eine Geburtsurkunde für einen im Jahre 1939 geborenen österreichischen Staatsbürger ausgestellt und in dieser den Beruf des Vaters mit "S.A. - Führer" beurkundet. Dem entschieden vorgebrachten Verlangen, diese Angabe zu streichen, ist nicht Rechnung getragen worden.

Die gefertigten Abgeordneten brauchen wohl nicht näher darzulegen, daß es nicht angeht, einen Staatsbürger durch eine solche Angabe, die sich seiner Einflußnahme vollständig entzieht, derart zu diskriminieren. Es sei nur daran erinnert, daß es sich gerade bei der Geburtsurkunde um eine besonders wichtige öffentliche Urkunde handelt, die aus verschiedensten Anlässen immer wieder vorgelegt werden muß.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen schon die

A n f r a g e :

1) Sind Sie, Herr Bundesminister, bereit, den geschilderten Sachverhalt zu überprüfen und die dringend erforderlichen aufsichtsbehördlichen Maßnahmen zu ergreifen?

2) Sind Sie, Herr Bundesminister, ferner bereit, dafür Vorsorge zu treffen, daß dem betreffenden Staatsbürger auf sein Verlangen eine neue Geburtsurkunde ausgestellt wird, welche die diskriminierende Funktionsbezeichnung nicht enthält?

-.--.-.-